

Redebeitrag
Plenum, 12.12.2016
Haushaltsdebatte 2016-OB 30-Unterricht & Ausbildung
-Alain Mertes-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zu Beginn meines Redebeitrags möchte ich auf ein paar Aussagen des Ministerpräsidenten eingehen, die er anlässlich der Vorstellung des Haushalts gemacht hat. Wir hörten das gleiche soeben auch von Vertretern der Mehrheit.

Da heißt es, die DG gebe rund 2/3 ihres Haushalts für die Bereiche Bildung und Soziales und Gesundheit aus. Das sind immerhin rund 200 Mio €. Was für eine Leistung! Jedes Mal, wenn ich solche Aussagen höre, dann denke ich, jetzt fehlt nur noch das Ertönen von Trompeten. Was gibt es daran zu kritisieren, fragt sich jetzt mancher, das ist doch Fakt. Ja ist es. Aber die Art und Weise, wie dieser Umstand hier benutzt wird, um sich selbst in ein gutes Licht darzustellen, kann ich nicht unkommentiert stehen lassen.

Es liegt nun mal in der Natur der Sache, dass es vor allem die Personal- und Infrastrukturkosten im Unterrichtswesen sind, die den größten Teil des Haushalts der DG ausmachen. Es ist also kein Verdienst der Regierung, wenn sie im Haushalt die entsprechenden Summen für die Beschäftigten und Gebäuden im Unterrichtswesen und der mittelständischen Ausbildung einplant. Das ist nur logisch und ist zuerst einmal keine politische Aussage.

Hinzu kommt, dass der Ministerpräsident suggeriert, dass die DG-Regierung das Geld investiere. Dies kann den Eindruck erwecken, als stammen die Gelder, welche die Politik den Institutionen zur Verfügung stellt, von der Regierung. Dies ist natürlich völliger Blödsinn. Das Geld stammt einzig und allein vom belgischen Steuerzahler. Die Politik verteilt dieses Geld lediglich.

Das wissen wir doch alle, werden jetzt einige hier denken. Ja, aber erwähnen tun wir es viel zu selten. Mehrheit und Regierung stellen das Verteilen der Mittel oft als eine Leistung dar. Dort investieren wir so viel Millionen, dort so viele usw. Geld, welches andere erarbeitet haben zu verteilen, ist wahrlich keine Leistung. Dieses Geld zu erarbeiten schon. Und in meinen Augen gehört dieses Geld den Steuerzahlern und es ist nur selbstverständlich, dass dieses Geld für das Zusammenleben der Gesellschaft zur Verfügung gestellt wird.

In diesem Sinne ist es auch ganz logisch, dass die Politik versuchen sollte, mit so wenig wie möglich Verwaltungskosten, ein Maximum der erhaltenen Gelder wieder dem Steuerzahler zu Gute kommen zu lassen.

Hier könnte die DG Regierung also durchaus positive Zeichen setzen. Wer sich aber die Ausgabenpolitik der DG-Mehrheit und Regierung anschaut, stellt schnell fest, dass hier nicht der Steuerzahler, oder der Bürger im Vordergrund stehen. Angefangen bei den Verwaltungskosten des DG-Apparats, inklusive Parlament und Regierung über teilweise prunkvolle Infrastrukturen bis hin zu vielen Maßnahmen, die zwar Geld kosten, aber wenig Nutzen bringen.

Wobei hier schon ein Problem der klassischen Politik deutlich wird: Sie fragt erst gar nicht nach dem Bedarf, den die Bevölkerung wirklich hat und wie viel Steuergelder überhaupt nötig sind. Nein, es wird immer versucht, ein Maximum an Steuergelder für seine Körperschaft zu erhalten und dieses wird dann verplant. In sinnvolle aber auch jede Menge unsinnige Projekte und natürlich in das Versorgen verdienstvoller Parteikollegen auf teils doch fragwürdige Posten.

Tatsache ist, dass die Menschen sowie kleine und mittelständigen Unternehmen in Belgien mehr als genug Steuern und Abgaben bezahlen, auch in der DG. Die großen und multinationalen Betriebe beteiligen sich ja verhältnismäßig sehr bescheiden daran. Übrigens ohne die entsprechenden Gesetze, die die klassische Politik erlassen hat, wäre dies gar nicht möglich.

Nun, mit dieser Einleitung wollte ich verdeutlichen, dass nicht die Menge Geld bedeutend ist, welche dieser uns hier vorliegende Haushalt bereitstellt, sondern wie effizient und konstruktiv die Politik mit dem ihr zur Verfügung gestellten Geld umgeht. Und natürlich mit welcher Haltung sie dies tut.

Schauen wir uns einige Bereiche des Unterrichtswesens etwas genauer an.

Ein Posten, der immer mehr Geld verschlingt und in Zukunft verschlingen wird, ist die sozialpädagogische und psychologische Betreuung an den Schulen. Aus den Anhörungen vom TLZ, dem Teilzeitunterricht wissen wir, dass da riesige Herausforderungen auf uns zukommen. Die Anzahl Schüler mit schulischen, aber vor allem sozialen sowie psychischen Problemen, den so genannten Verhaltensauffälligkeiten, nimmt rasant zu. Die Mitarbeiter des TLZ sagten im Ausschuss, dass das Profil der Schüler, die heute im TLZ sind, morgen den Hauptteil der Schüler an den Regelschulen darstellen wird. Und die Problemfälle am TLZ häufen und verstärken sich.

Schüler mit Konzentrationsschwierigkeiten, mit Verhaltensauffälligkeiten, die noch immer gerne als ADHS bezeichnet werden, nehmen dramatisch zu. Hinzu kommen Probleme auf familiärer und sozialer Ebene. Manche Kinder sind oft schon von früh an auf sich alleine gestellt. Sie kommen oft ohne gefrühstückt zu haben zur Schule und bekommen ihre erste richtige Mahlzeit erst, wenn sie von der Schule nach Hause kommen.

Viele dieser Schüler wären unter normalen Bedingungen wahrscheinlich nicht auffällig bzw. hätten keine besonderen Schwierigkeiten, doch wenn der familiäre oder soziale Rahmen, der Kinder und Jugendlichen Halt geben soll, nicht existiert, ist dies schwierig. Dies stellt auch die Lehrer vor immer größere Herausforderungen. Unterrichten wird schwieriger und oftmals leidet auch die Qualität des Unterrichts. Die Zunahme der Kinder mit Migrationshintergrund schafft weitere Herausforderungen.

Was ich hier beschreibe ist Teil der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Die aktuelle DG Regierung reagiert auf diese Entwicklung, in dem sie nun mehr finanzielle Mittel für pädagogische und psychologische Betreuung bereitstellt. Dies hilft den Schulen und Lehrern diese Probleme etwas aufzufangen. Würden die Probleme in der Zukunft nicht weiter zu nehmen, könnte man annehmen, dass damit die Situation in den Griff zu kriegen wäre.

Doch wie eben erwähnt, lassen uns die Aussagen des TLZs, aber auch die Schulen selbst etwas anderes vermuten. Zumindest, wenn wir ehrlich hinschauen.

Wenn wir nicht nach den wahren Ursachen dieser Entwicklung forschen und nicht dort mit unseren Maßnahmen ansetzen, werden die Schulen immer mehr Bedarf an zusätzlicher Unterstützung haben. Und dies wird irgendwann nicht mehr finanzierbar sein.

Reine Symptombehandlung, wie sie die DG Regierung heute anwendet, ist keine weise Haushaltspolitik. Sie mag kurzfristig zu Linderung führen, langfristig aber scheitern, da nicht bezahlbar. Ganz zu schweigen, von dem nichtmateriellen Schaden, der dadurch entsteht.

Wie sähe denn eine weise Haushaltspolitik in diesem Bereich aus?

Sie würde damit beginnen, die Ursachen für diese Entwicklung ausfindig zu machen. Voraussetzung dafür wäre, sich die Ist-Situation ehrlich anzuschauen und nichts schön zu reden.

Oft wird mir entgegen gehalten, dass die Ursachen in der gesellschaftlichen Entwicklung zu suchen seien, und dass wir diese nicht aufhalten könnten.

Das sich die Gesellschaft weiter entwickelt, können wir in der Tat nicht aufhalten. Das ist auch gut so. Nichts wäre wohl schlimmer, als eine Gesellschaft, die sich nicht mehr entwickelt. Doch die Politik kann Einfluss auf die Richtung dieser Entwicklung nehmen. Und ich glaube mehr als viele hier in diesem Hause sich eingestehen möchten.

Wenn die Ursachen klar identifiziert wurden, sollten diese Erkenntnisse und die Folgen zuerst einmal in einem breiten Dialog der Öffentlichkeit vorgestellt und mit ihr diskutiert werden.

Dann wäre mit allen Akteuren gemeinsam die Frage zu erörtern, ob die Richtung dieser Entwicklung mit den daraus abzuleitenden Konsequenzen gewünscht ist?

Ja, dies ist eine enorme Herausforderung. Für welche Richtung sich die gesellschaftlichen Akteure dann entscheiden, ist natürlich offen. Wenn sie an dem jetzigen Kurs festhalten würden, so müssten sie dann auch alle Folgen tragen, auch die finanziellen. Die Politik hätte ihr mögliches getan.

Ohne zu behaupten, alle Ursachen genauesten erkannt und identifiziert zu haben, möchte ich ein paar Denkanstöße geben, die meine Sicht verdeutlichen und dazu ein paar Dinge aufzählen, die mir von Eltern bzw. Lehrern zugetragen wurden.

Viele Eltern wundern sich über die Tatsache, dass Primarlehrer und – Schüler sich duzen.

Bei Konflikten zwischen Primarschülern werden Probleme immer häufiger ausdiskutiert. Auch in einem Alter, in dem die Kinder von ihrem Entwicklungsstand dazu noch gar nicht in der Lage sind.

In einem Fall habe eine Primarschullehrerin sich bei den Eltern über ihr Kind beschwert und mitgeteilt, dass sie sich nicht mehr von ihm beleidigen lassen wolle.

Die hinter allen drei kurzen Beispielen liegende Grundhaltung ist der Versuch der Lehrer, ein partnerschaftliches Verhältnis zu ihren Schülern aufzubauen. Dies funktioniert logischerweise nicht, denn Kinder sind eben keine Erwachsene. Lehrer die so handeln, sind dann entrüstet, wenn ein Kind sich wie ein Kind verhält.

Doch Erziehung kann auf einer solchen Basis nicht funktionieren.

Schon des Öfteren habe ich in diesem Hause erwähnt, wie bedeutend die Beziehung zwischen Lehren und Schüler im Sinne einer guten Erziehung und Bildung ist. Dies gilt sicher noch viel mehr für Eltern und Kinder. Doch auch die Schule hat eine erzieherische Aufgabe. Ganz ohne geht es in der Schule nicht.

Dr. Stracke-Mertes, Berater der DG in Sachen Schulentwicklung, viele von Ihnen kennen und schätzen ihn, nennt dies auch so: „Erziehung durch Beziehung“. Unlängst bestätigte er mir, dass Wissenschaftler im Bildungswesen sich der Bedeutung einer gesunden Beziehung zwischen Lehrendem und Lernendem immer mehr bewusst werden.

Der Kinderpsychiater und Buchautor Dr. Winterhoff, erklärt in seine Büchern sehr anschaulich, welche Probleme auf Beziehungsebene zu solchem Fehlverhalten führen und welches die katastrophalen Folgen für Schulen, Familien und auch die Gesellschaft im Allgemeinen sind. In einem Wort zusammengefasst: Chaos!

Ich möchte hier nicht weiter seine Analysen darlegen und jedem die Lektüre eines seiner Bücher empfehlen.

Zur Basis einer guten Beziehung gehört u.a. der Raum für Zwischenmenschlichkeit, für Gefühle. Heutzutage werden an unseren Schulen aber hauptsächlich kognitive Kompetenzen gefördert, auch wenn in den Dekreten zum Kompetenzorientierten Unterricht etwas anderes steht. Fakt ist, das wirtschaftliche Interessen auch die Bildungspolitik der DG bestimmen. Beispiel PISA-Tests. Den Einfluss der OSZE auf die Bildungspolitik der europäischen Staaten hat Herr Nico Hirt sehr anschaulich in seine Büchern beschrieben. Herr Hirt wird einigen im Hause bekannt sein, hielt er doch vor etlichen Wochen einen Vortrag an der AHS hier in Eupen. Seine Studien im Rahmen der APED (Appel pour une école démocratique) sind wirklich wertvoll.

Kolleginnen und Kollegen, wir sollten nicht nur den Reden von Herrn Hirt Beifall schenken, sondern auch seine Sichtweisen und Anregungen bei der Gestaltung der Bildungspolitik der DG berücksichtigen.

Zusammenfassend sei gesagt, dass hier eine negative Entwicklung stattfindet. Eine Ursache für die zunehmenden Probleme an unseren Schulen liegt womöglich auf der Beziehungsebene. Sich hiermit nicht auseinander zu setzen ist fatal und hat, so ungewohnt es sich für Sie anhören mag, mit gesunder Haushaltspolitik nichts zu tun.

Abschließend möchte ich noch kurz ein anderes Thema aufgreifen. Die Ausgaben für Kinder und Jugendliche, für welche in der DG keine geeignete Ausbildungsmöglichkeit besteht, können von der DG übernommen werden. Dabei handelt es sich vorwiegend um Schulbesuchs- und Betreuungskosten bei Einrichtungen im Ausland. Es mag ja vereinzelt Fälle geben, wo eine geeignete Unterbringung in einer DG-Einrichtung nicht möglich ist. Das aber bis zu 2.500,- € monatlich für einen Einzelfall ausgegeben werden, ist dann schon mehr als fragwürdig. Wenn die Regierung schon neue Schulen für Personen mit einer

Beeinträchtigung errichten lässt und diese großzügig ausstattet, dann sollten alle, die dort untergebracht werden können auch dort untergebracht werden.

Wenn wir in diesem Hause vom Haushalt sprechen, dann denken viele zuerst an Zahlen, doch hinter diesen Zahlen stehen die eigentlichen, interessanten Informationen.

Wozu wird welches Geld verwendet und ja, aus welcher Haltung heraus wird dieses oder jenes getan?

Ich habe mit meiner heutigen Rede verdeutlicht, dass im Unterrichtswesen in vielen Bereichen die grundlegenden Fragen nicht gestellt bzw. angegangen werden.

Die Vivant-Fraktion wird deshalb dem Haushalt im OB30 Bereich Unterricht und Ausbildung nicht zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Alain Mertes,
Vivant-Fraktion